

29/1995

## 5 Jahre Deutsche Einheit

# Die CDU hat die Weichen richtig gestellt

*Gehen Sie doch einmal ins Chemie-Dreieck!  
Fahren Sie in die neuen Länder, wenn Sie mir  
nicht glauben! Wer nicht erkennt, was dort  
passiert, muß ein Brett vorm Kopf haben.*

Mit diesen Worten hat Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags am 6. September die Opposition und alle, die noch Zweifel haben, aufgefordert, sich selbst davon zu überzeugen, was in fünf Jahren deutsche Einheit geleistet und erreicht worden ist.

Das Aufbauwerk kann sich sehen lassen und ist das Ergebnis einer großen Anstrengung der Menschen in Ost und West, die alle ihren Beitrag geleistet haben und deshalb beanspruchen dürfen, den Erfolg ungeschmälert bestätigt zu kriegen. Wenn 55 Prozent der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger ihre wirtschaftliche Lage als gut und nur acht Prozent als schlecht bezeichnen, dann zeigt auch dies ganz unmißverständlich, was sich mit Tatkraft und Stehvermögen, mit Ausdauer und Mut erreichen läßt.

**Dokumentation:** Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat im **grünen Teil dieser Ausgabe** eine Bilanz des Erreichten gezogen und im einzelnen die Beiträge der Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung zusammengestellt, mit denen ein großer Teil der Erblast des Sozialismus in den neuen Bundesländern bereits abgetragen worden ist. (Siehe auch Flugblattvorlage: Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

#### ● Asylrecht

Rupert Scholz: Bundesinnenminister Kanther hat völlig korrekt gehandelt. Seite 3

Friedrich Bohl: Der Asylrechtskonsens von 1993 muß unbedingt erhalten bleiben. Seite 4

#### ● Klausurtagung

„Groß-Programm“ für die Innenpolitik in den nächsten drei Jahren. Manfred Kanther in der CDU/CSU-Fraktion. Seite 7

#### ● Argumente zum Quorum

Rita Süsmuth: Von der Selbstverpflichtung zum Quorum. Seite 10

#### ● Weltfrauenkonferenz

Claudia Nolte: Neue Perspektiven und Maßstäbe für Gleichberechtigung. Seite 13

#### ● Steuern

Jahressteuergesetz 1996: Prioritäten für den Aufschwung Ost. Seite 16

#### ● Europa

Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten. Berliner Erklärung der CDU/CSU-Gruppe in der EVP. Seite 22

# 5 Jahre Deutsche Einheit

## Die Landschaften im Osten Deutschlands blühen auf

Die Menschen zwischen Elbe und Oder haben mit ihrem Ruf nach Freiheit und Einheit die sozialistische Diktatur überwunden. Unter Führung von Helmut Kohl hat die CDU den geschichtlichen Augenblick des Jahres 1990 genutzt und die staatliche Einheit unseres Vaterlandes vollendet.

Viel ist in den letzten fünf Jahren erreicht worden.

- Die Planwirtschaft wurde in eine moderne Soziale Marktwirtschaft verwandelt.
- Die Infrastruktur wurde grundlegend verbessert.
- Die neuen Bundesländer sind heute die wirtschaftlich dynamischste Region in ganz Europa.
- Die verfügbaren Einkommen sind um rund 70 Prozent gestie-

gen. Die Renteneinkommen haben sich mehr als verdoppelt.

Der Fortschritt beim Aufbau ist vor allem die Leistung der Menschen in den neuen Ländern. Ihnen ist in den letzten Jahren unglaublich viel abverlangt, und von ihnen ist Hervorragendes geleistet worden. Ohne ihren Willen zum Neuanfang, ohne ihren entschlossenen Einsatz wären die Erfolge nicht möglich gewesen. Entscheidenden Anteil am Aufbauwerk haben auch die Menschen im Westen, die solidarisch die Lasten mittragen.

**Die CDU hat die Weichen für den „Aufbau Ost“ richtig gestellt. Das bereits Erreichte darf nicht wieder gefährdet werden!**

Die alten sozialistischen Irrtümer dürfen sich nicht wiederholen. Diejenigen, die den Karren in den Dreck gefahren haben, sollten uns heute mit ihren Ratschlägen verschonen.

**Wir sind auf dem richtigen Weg. Gemeinsam werden wir es schaffen.**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**

# Bundesinnenminister Kanther hat völlig korrekt gehandelt

**Zu der Kritik an der Abschiebung von sieben sudanesischen Asylbewerbern erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz:**

Die z.T. maßlose Kritik am Vorgehen des Bundesinnenministers ist unberechtigt. Fakt ist, daß sieben Ausländer mit gefälschten Pässen unter mißbräuchlicher Ausnutzung eines Zwischenstopps – sie hatten Visa nach Moskau – in Frankfurt Asyl begehrt haben. Die Asylbegehren wurden nach einem aufwendigen Verwaltungsverfahren mit der Feststellung abgelehnt, daß die Asylbewerber in ihrem Heimatland weder politisch tätig waren noch verfolgt worden sind. Diese Entscheidung ist vom Verwaltungsgericht Frankfurt, das sich zweimal mit dieser Angelegenheit befassen mußte, überprüft und bestätigt worden. Insgesamt dreimal ist dann auch noch das Bundesverfassungsgericht in dieser Sache tätig geworden. Es hat festgestellt, daß einer Rückführung der Betroffenen in ihr Heimatland nichts im Wege stehe.

Der Bundesinnenminister hat vorliegend also völlig korrekt gehandelt. Sieben Ausländer sind illegal eingereist (gefälschte Pässe, Mißbrauch des Transits); in einem umfanglichen Verwaltungsverfahren und in noch umfanglicheren Gerichtsverfahren wurde festgestellt, daß in ihrer Person kein Asylgrund vorliegt; sie hatten deshalb kein Bleiberecht in Deutschland, sie sind deshalb zu Recht in ihr Heimatland zurückgeführt worden.

Schon der gesamte Verfahrensablauf mit seinen unsäglichen Verzögerungsmanövern ist kaum mehr nachvollziehbar, erst recht nicht mehr nachvollziehbar ist die teils völlig überzogene Kritik an der

Abschiebemaßnahme. Die Kritik ist Teil einer Kampagne, die wesentliche Grundlagen und auch Erfolge unserer bisherigen Ausländer- und Asylpolitik generell in Frage stellen will. Wesentliche Bestandteile des nach mühseligen Verhandlungen seinerzeit von allen Fraktionen des Bundestages beschlossenen Asylkompromisses sollen aufgebrochen, die Asylrechtsreform insgesamt ausgehebelt werden. Zum Asylkompromiß von 1992 gehört insbesondere auch, daß die Asylbewerber, die sich zu Unrecht auf Asyl berufen, rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Daß der Asylkompromiß zu einer positiven Entwicklung geführt hat, belegen die Zugangszahlen für das Jahr 1994. Während 1992 noch 438.191 Personen um Asyl nachfragten, waren es 1994 nur noch, aber auch immerhin noch 127.210.

Die neue Regelung des Asylrechts war also notwendig und richtig, um die illegale und ungesteuerte Zuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts einzudämmen. Notwendige Voraussetzung für den Erfolg des Asylkompromisses ist es aber, daß der Aufenthalt abgelehnter Asylbewerber konsequent beendet wird.

Zu Recht hat der Bundesinnenminister an einer klaren Durchsetzung des Asylrechts festgehalten. Nur so läßt sich auch die Schleuserkriminalität bekämpfen. Schlepperorganisationen dürfen sich nicht in der Hoffnung wiegen, daß – wie vorliegend – nach mißbräuchlicher Einreise und medienwirksamen Hungerstreikaktionen unter pauschalem Hinweis auf mögliche Auswirkungen im Heimatland der dauerhafte Verbleib in Deutschland erzwungen werden kann. ■

## Der Asylrechtskonsens von 1993 muß unbedingt erhalten bleiben

**Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zu den Bestrebungen, den Asylkompromiß aufzubrechen:**

Die Bundesregierung widerspricht mit aller Entschiedenheit Bestrebungen, den Asylrechtskompromiß von 1993 aufzubrechen. Die jetzt aufgrund der notwendigen Abschiebemaßnahmen von sieben sudanesischen Asylbewerbern anlaufende Kampagne, den Asylkompromiß auszuhebeln, wird ihr Ziel verfehlen.

Der Asylrechtskonsens ist 1993 auch von der SPD mitgetragen worden und hat sich bewährt. Er leitete eine deutliche Wende bei den Asylbewerber-Zugängen ein. Während 1992 noch 438.000 Asylsuchende registriert wurden, waren es 1994 nur noch 127.000. Trotz dieses Rückgangs nimmt Deutschland damit immer noch nahezu 50 Prozent der Asylbewerber innerhalb der Europäischen Union auf.

Die hohe friedensstiftende Funktion dieses Konsenses in unserer Gesell-

schaft darf nicht übersehen werden. Die Eindämmung des Rechtsradikalismus bei Wahlen ist mit ein Erfolg dieses Konsenses. Aktuelle Kritiker wie Frau Däubler-Gmelin haben allerdings diesen Konsens bereits 1993 nicht mitgetragen.

Der Rückgang der Asylbewerberzahlen beruht im wesentlichen auf der Drittstaatenregelung, der Regelung über sichere Herkunftsstaaten, der Flughafenregelung sowie der vermehrten Zahl von Abschiebungen und den bisher abgeschlossenen Rückübernahmeabkommen mit Nachbar- und Herkunftsstaaten. Diese Bausteine der Asylrechtsreform wirken zusammen und dürfen weder abgeschwächt noch aufgebrochen werden.

Wir haben seit 1993 eine Asylgesetzgebung, die einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, daß das Asylproblem inzwischen beherrschbar ist. Wir können und dürfen jetzt nicht in die Praxis des alten Zustands vor dem Asylkompromiß zurückfallen.

### Abschiebung war geboten

**Zur Abschiebung der 7 sudanesischen Staatsbürger von Frankfurt in den Sudan erklärten der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion des Deutschen Bundestages, Erwin Marschewski, und der Obmann der Fraktion im Innenausschuß, Wolfgang Zeitmann, im Anschluß an eine Klausurtagung der Arbeitsgruppe Inneres und Sport:**

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Innenpolitik haben am 15./16. September bei ihrer Klausurtagung in Boppard einen aus-

föhrlichen Bericht von Bundesinnenminister Manfred Kanther über die Rückführung der 7 sudanesischen Staatsbürger entgegengenommen.

Wie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Innenpolitik, Erwin Marschewski, und der Obmann der CDU/CSU im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Wolfgang Zeitmann, mitteilten, haben die Abgeordneten diese Maßnahme einmütig für notwendig und richtig befunden. Der Bundesinnenminister habe zwingendes deutsches Asyl- und Ausländerrecht absolut korrekt und in verantwortungsbewußter Weise vollzogen.

Nach der Entscheidung des BVerG vom 12. September habe es keinen Grund mehr gegeben, die Rückführung weiter aufzuschieben. Eine Zusage eines aufnahmebereiten Drittlandes habe nicht vorgelegen. Die Zusicherungen der sudanesischen Regierung, die vom Auswärtigen Amt auf Veranlassung des Bundesverfassungsgerichtes erreicht werden konnten, seien vom obersten deutschen Gericht akzeptiert worden bei der Feststellung, daß den sieben Ausländern keine politische Verfolgung nach ihrer Rückkehr drohe.

### **Nicht instrumentalisieren**

Marschewski und Zeitlmann warnten davor, den Fall der 7 Sudanesen gegen die Regelungen des geltenden Asylrechts zu instrumentalisieren. Der Asylkompromiß habe sich bewährt. Dies gelte auch für das Flughafenverfahren. Die Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes leisteten im Rahmen dieses Verfahrens hervorragende Arbeit in einem sehr schwierigen Umfeld. Der Asylkompromiß könne nur Bestand haben, wenn Ausländer ohne Bleiberecht auch wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

### **Die Ausweisung war rechtlich völlig in Ordnung**

**Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zur Abschiebung von sieben sudanesischen Asylbewerbern:**

Die Behörden haben das getan, was geboten, notwendig und richtig war. Darin sehen wir uns in großer Übereinstimmung mit der breiten Mehrheit unserer Bevölkerung.

Tatsache ist, daß die sieben Asylbewerber die Gelegenheit hatten, zweimal das Verwaltungsgericht Frankfurt und dreimal das

Bundesverfassungsgericht über ihre Sache entscheiden zu lassen. Sie wurden anwaltlich erstklassig vertreten und beraten. Das Bundesverfassungsgericht entschied, daß ihrer Rückführung nichts im Wege steht. Ihre Ausweisung und Abschiebung ist daher rechtlich völlig in Ordnung.

### **Unverständliche Kampagne**

Es wäre in keinem anderen Land der Welt möglich, daß sieben Ausländer, die mit gefälschten Pässen unter mißbräuchlicher Ausnutzung eines Zwischenstopps einreisen, dreimal das oberste Verwaltungsgericht anrufen können. Für die derzeit gegen den Bundesinnenminister geführten Kampagnen habe ich daher kein Verständnis.

Es wird auch übersehen, daß die Sudanesen bei ihrem ersten Abschiebeversuch am Dienstag, um 14.00 Uhr, die Lufthansa-Maschine halb auseinandergenommen haben. Das geht einfach zu weit. 15 Beamte waren schließlich notwendig, um sieben Asylbewerber, die sich vorher angeblich wochenlang im Hungerstreik befanden, in das Charter-Flugzeug zu verbringen.

Wir haben eine klare Aussage des Auswärtigen Amtes, daß den Sudanesen in ihrem Heimatland nichts passiert. Zugleich kann die Deutsche Botschaft in Khartum in dieser Sache dort präsent sein. Ich kann Innenminister Manfred Kanther daher ausdrücklich bestärken, daß er das Richtige getan hat.

Wir haben nach wie vor in Deutschland das liberalste Asylrecht, das es gibt. Wir haben seit 1993 eine Asylgesetzgebung, die einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, daß das Asylproblem inzwischen beherrschbar ist. Wir können und dürfen jetzt nicht in die Praxis des alten Zustands vor dem Asylkompromiß zurückfallen

# EVP für europäische Asylregelung, aber gegen Einwanderungsgesetze

**Gegen Einwanderungsgesetze in den EU-Mitgliedstaaten, aber für eine rasche Harmonisierung der Asylrechtsregelungen hat sich die EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments ausgesprochen.**

Nach einer grundsätzlichen Aussprache über Asyl und Zuwanderung zur Vorbereitung der Straßburger Plenarwoche des Parlaments sagte der innenpolitische Sprecher der europäischen Christdemokraten, Hartmut Nassauer MdEP, in keinem Land der EU gebe es eine gesetzlich geregelte Einwanderung, die den Zugang einer festgelegten Quote von Ausländern unter bestimmten Kriterien gestatte. Es sei auch nicht erkennbar, daß ein EU-Land in absehbarer Zeit eine solche Regelung anstrebe.

Tatsächlich sähen sich die EU-Staaten einer mehr oder weniger unkontrollierten Zuwanderung gegenüber. So kämen z. B. nach Deutschland alljährlich rund 400.000 Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge, nachziehende Familienangehörige und illegale Zuwanderer. Außerdem nehme Deutschland Auslandsdeutsche aus dem ehemaligen Ostblock auf.

In dieser Situation müßten die EU-Staaten alle Kräfte anspannen und beträchtliche Mittel aufwenden, um diese Zuwanderungsströme in humaner Weise aufzunehmen bzw. für eine rasche Rückführung zu sorgen. Ein Einwanderungsgesetz wäre ein völlig falsches Signal, weil es eine Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft vorspiegele, die tatsächlich nicht gegeben sei. Deswegen beharre die EVP-Fraktion auf einer strikten Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung aus anderen Gründen. Asyl

werde in Europa gewährt als Schutz vor politischer, rassischer und religiöser Verfolgung. Bürgerkriegsflüchtlinge sollten in Europa vorübergehende Aufnahme finden, sofern ihnen in der Nähe ihrer Heimatregionen nicht wirksam geholfen werden könne. In jedem Falle seien sie gehalten, später wieder in ihre Länder zurückzukehren.

Wirtschaftsflüchtlinge könnten generell keine Aufnahme finden. Illegale Zuwanderung vollends müsse energisch bekämpft und vor allem durch rasche Abschiebung beendet werden. Die angesichts zunehmender Freizügigkeit immer notwendiger werdende Harmonisierung des europäischen Asylrechts müsse zunächst bei einem einheitlichen Flüchtlingsbegriff gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention ansetzen, rechtliche Mindeststandards für die Asylverfahren festlegen, deren Dauer

**Ein Einwanderungsgesetz wäre ein völlig falsches Signal: es spiegelte eine Aufnahmefähigkeit vor, die es tatsächlich nicht gibt.**

nach Möglichkeit begrenzen, die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber regeln und den Aufenthaltsstatus der Bewerber für die Dauer des Verfahrens sowie Grundsätze des Familiennachzuges festlegen.

An diesen Leitlinien will die EVP-Fraktion sich orientieren, wenn in der kommenden Woche im Straßburger Parlament über den Wiebenga-Bericht über Asyl und Zuwanderung in Europa abgestimmt werde.

# „Groß-Programm“ für die Innenpolitik in den nächsten drei Jahren

**Bundesinnenminister Manfred Kanther hat im Rahmen einer Klausurtagung der Innen- und Rechtspolitiker der Unionsfraktion am 15./16. September in Boppard den politischen Handlungsbedarf in der Innenpolitik für die laufende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages als „gewaltig“ bezeichnet:**

**I.** Im Vordergrund aller Anstrengungen müsse die Festigung der Inneren Sicherheit und die Verbrechensbekämpfung stehen. Die Bürger erwarteten zu Recht, daß sich der demokratische Rechtsstaat als wehrhaft erweise und Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum und Freiheit seiner Bürger entschlossen verteidige.

**1.** Deshalb sei es notwendig, für den Kampf gegen das Verbrechen das gegenwärtige gesetzliche Handwerkszeug zu überprüfen und insbesondere bei der Abwehr der organisierten Kriminalität in den Bereichen Geldwäsche, Korruptionsbekämpfung und gewalttätiger Extremismus die staatlichen Möglichkeiten zu verbessern. Dazu gehöre ebenso, daß die geltende Kronzeugenregelung zur Gewinnung von Erfahrungen verlängert und das Abhören von Gangsterwohnungen ermöglicht werde. Die Koalitionsvereinbarung, die für den Beginn des kommenden Jahres entsprechende Aktivitäten ankündigte, mache deshalb die sofortige Aufnahme von Gesprächen zwischen den Koalitionspartnern über diese wichtigen Punkte erforderlich, um sich einvernehmlich an die detaillierte Arbeit zu begeben.

**2.** Gleich wichtig ist für Innenminister Kanther die schnelle Verabschiedung des bereits im Bundestag liegenden BKA-Gesetzesentwurfs, der die zentrale Strafverfolgungsbehörde mit der modernsten Rechtsgrundlage ausstatte. In den gleichen Zusammenhang gehöre die Fortentwicklung von Europol, um in einer zusammenwachsenden Welt auch die Strafverfolgung mindestens in Europa eng zu verzahnen.

## Bundesinnenminister Manfred Kanther vor den Innenpolitikern der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Von herausragender Bedeutung ist für den Bundesinnenminister das Zusammenwirken von Bund und Ländern. Unter den stark veränderten Gegebenheiten der Inneren Sicherheit und der Verbrechensbekämpfung könne sich der „sicherheitspolitische Föderalismus in Deutschland nur bewähren“, wenn Bund und Länder bewußt und gezielt miteinander wirkten. Dazu gehöre auch die bundeseinheitliche Anwendung des Ausländerrechts, das angesichts des hohen Anteils ausländischer Straftäter in der Verbrechensbekämpfung einen wichtigen Platz einnehme. Ebenso sei von herausragender Bedeutung die ständige Verbesserung der Arbeit des Bundesgrenzschutzes, der vor allem die Aufgabe der Grenzsicherung gegenüber uner-

laubter Zuwanderung und Abwehr grenzüberschreitender Kriminalität mit wachsendem Erfolg bewältigte. Auch das internationale Handwerkszeug des „Schengen-Vertrags“ müsse ständig fortentwickelt und auf weitere Partnerstaaten ausgedehnt werden.

Kanther bedankte sich bei den Parlamentariern der Union dafür, daß die finanziellen Aufwendungen für die Bundespolizei in den vergangenen Jahren stark zugenommen hätten und damit ein rühmliches Beispiel dafür bildeten, wie die Bundes-Koalition mit praktischen Taten und nicht mit leeren Versprechungen arbeite. Der Bundesinnenminister kündigte für die Bundespolizei sowohl in personeller wie ausstattungsmäßiger Hinsicht auch für die kommenden Jahre noch wachsenden Bedarf an.

**3.** „Innerer Frieden ist noch mehr als Innere Sicherheit“, erklärte der Bundesinnenminister. Er erinnerte damit an die großen Erfolge bei der Zurückführung des Asylmißbrauchs auf der Basis des neuen Asylrechts. Die Arbeit daran sei noch lange nicht zu Ende, denn mit weiterhin ca. 120.000 Asylbewerber pro Jahr bei einer nur ca. 10prozentigen Anerkennungsquote sei der Mißbrauch immer noch beträchtlich. Aber die Rückführung dieser Zahl von 430.000 im Jahre 1992 auf jetzt 120.000 stelle eine große Leistung der deutschen Politik und aller damit befaßten Behörden von Bund und Ländern dar. Erfolge in Zukunft hingen davon ab, daß eine einheitliche Anwendung dieses Rechts in allen seinen Bausteinen gesichert bleibe. Dies sei die einzige Gefahr dafür, daß nicht in Zukunft wieder über unkontrollierbare Zuwanderungsbewegungen der Mißbrauch zunehme und den Unmut der Bevölkerung auf radikale politische Kräfte leite. Kanther erklärte, die Bundesregierung arbeite mit großem Nachdruck an der Vorbereitung des vor dem Bundesverfas-

sungsgericht anhängigen Prozesses zur Verteidigung aller Grundelemente des Asylkompromisses, „von denen keines entbehrt werden kann“. In diesen Zusammenhang gehöre auch, praktische Schwachstellen zu beseitigen, weshalb eine Veränderung des Asylbewerberleistungsrechts aufgrund der in den letzten zwei Jahren gewonnenen Erfahrungen gemäß den Vorschlägen des Bundesgesundheitsministers sehr wichtig sei.

**4.** Kanther bekräftigte seine Absicht, die Koalitionsabsprachen für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht einschließlich der Schaffung einer Kinderstaatszugehörigkeit für Ausländerkinder zielstrebig umzusetzen. Dabei müsse aber der Zusammenhang zwischen dem Staatsangehörigkeits- und dem allgemeinen Ausländerrecht immer beachtet werden. Es gebe keinen Anlaß, die Grundzüge des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in Richtung „Einwanderungsland“ zu verändern. Eine der großen Aufgaben der deutschen Innenpolitik sei es, das Zusammenleben der Deutschen mit jetzt ca. 7 Millionen Ausländern nach dem großen Zustrom der letzten Jahre zu festigen, Integrationsangebote für die dazu bereiten Ausländer zu machen und die weitere Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern gering zu halten.

---

### Für ein EU-einheitliches Flüchtlings- und Asylrecht

---

Dazu gehöre auch, daß die Bundesregierung unablässig auf europäischer Ebene bei den Partnerstaaten dafür werbe, ein EU-einheitliches Flüchtlings- und Asylrecht zu schaffen und insbesondere auch für zukünftige Bürgerkriegssituationen mit dadurch ausgelösten Wanderungsbewegungen für eine gerechte Beteiligung aller EU-Länder an dieser neuen, schlimmen Weltproblematik zu sorgen.



**II.** Als „zweiten Schwerpunkt“ der Legislaturperiode bezeichnete Kanther die intensive Arbeit rund um den Arbeitstitel „Schlanker Staat“. Hier gehe es auf vielen Feldern darum, überhand genommene Bürokratie abzubauen, überlange Verwaltungs- und Gerichtsverfahren zu straffen, Freiheitsräume für Bürger und Investoren zu eröffnen und damit den Standort Deutschland auch wirtschaftlich zu kräftigen. Dazu gehöre, die Aufgabenstellung und den Umfang des öffentlichen Dienstes – auch angesichts der Finanznot aller öffentlichen Kassen – zu verringern und das öffentliche Dienstrecht modernen Entwicklungen des Berufs- und Wirtschaftslebens anzupassen.

Kanther begrüßte es, daß die von ihm vorgestellten Eckpunkte zu einer Dienstrechtsreform im Beamtenbereich die Zustimmung der Koalitionsfraktionen erreicht hätten und damit den Weg freimachen für „den modernsten Ansatz im öffentlichen Dienstrecht seit Jahrzehnten“. Diese Arbeit könne nur im Zusammenwirken mit den Ländern geleistet werden, die den Großteil des Personals und der Verwaltungsaufgaben in ihrer Obhut hätten. Der Bundesinnenminister verwies darauf, daß bereits im ersten halben Jahr der laufenden Legislaturperiode seitens der Bundesregierung viele Teilbereiche dieser Problematik zielgerichtet angepackt worden seien, wie z. B. die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Statistikprobleme, Haushaltsfragen, Vorbereitung des Berlin-Umzugs etc.

---

### **Kommission „Schlanker Staat“**

---

Diese Arbeit werde zusammengeführt mit dem Ziel sehr konkreter, schneller und in Verbesserungen umsetzbarer Arbeitsergebnisse in der vom stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion, Prof. Scholz,

geführten Kommission „Schlanker Staat“. Kanther betonte, daß die Bundesregierung in diesem Aufgabenbereich entschlossen „ernst mache“. Es gehe nicht um die bündeweise Produktion neuer Gutachten, sondern um die Vorbereitung ganz konkreter Erneuerungsschritte und ihrer schnellen Umsetzung in die Praxis.

---

### **Mit liebgewonnenen Gewohnheiten brechen**

---

Der Innenminister bezeichnete dies als „Herkules-Aufgabe“, die immer besonders dann schwierig werde, wenn sie auf Besitzstände sowohl im öffentlichen Dienst wie bei gesellschaftlichen Gruppen stoße. Dennoch gehe kein Weg daran vorbei, mit liebgewonnenen Gewohnheiten zu brechen, wenn der Bereich der Staatstätigkeit mit Erfolg durchlüftet werden solle.

Dazu gehört für Kanther insbesondere die Verringerung der Zahl der öffentlich Bediensteten. Die Durchforstung der Stellenpläne, der Behördenstrukturen, des Aufgabenzuschnitts und von Behördenstandorten sei deshalb für jedes Ressort und ressortübergreifend – darüber hinaus auch bei Ländern und Kommunen – eine Daueraufgabe für die nächsten Jahre. Der Berlin-Umzug biete dafür eine besondere Chance auf Bundesebene. Mit dem zur Jahreswende erwarteten „Versorgungs-Bericht“ werde sich die Bundesregierung der gesamtgesellschaftlichen Problematik der Versorgungslasten auch für den öffentlichen Dienst stellen.

Kanther nannte das Arbeitsprogramm der Koalition für die nächsten drei Jahre „gewaltig, richtig, schnell begonnen und einigungsfähig – nicht nur in der Koalition, sondern auch mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften, die es mit der innenpolitischen Problematik wirklich gut und ernst meinen“.

# Mehr Mut zur Partnerschaft!

Seit dem Grundsatzbeschuß auf dem letzten Parteitag in Bonn sind zahlreiche Initiativen von einzelnen Mitgliedern, von Kreis- und Landesverbänden, von Ortsverbänden und Bezirkstagen gestartet worden, um Überzeugungsarbeit zu leisten, um die Mehrheiten für die Quorumsregelung auf dem Parteitag in Karlsruhe sicherzustellen. Wir wissen, daß manche Frauen und Männer, die lange Zeit gegen eine Quote argumentiert haben, inzwischen konsequente Verfechter der von der CDU favorisierten Quorumsrege-

geringen Fortschritte, die wir mit Appellen und Selbstverpflichtungen in dieser Frage erzielt haben, noch immer Verantwortliche und Mitglieder der CDU der Meinung sind, es sollte bei Appellen und Überzeugungsarbeit bleiben, ganz zu schweigen von den erklärten Gegnern einer Quoten- oder Quorumslösung.

Das Medienecho auf den Grundsatzbeschuß des letzten Parteitags zur Quote war beachtlich. Dieser Beschuß sei längst überfällig gewesen, war der Tenor der meisten Kommentare. Die über Wochen



Rita Süßmuth:

## Von der Selbstverpflichtung zum Quorum

lung sind. CDU-Kreisverbände und ihre Vorsitzenden gehen mit Phantasie und Entschlossenheit zu Werk, um tüchtige Frauen in die Parteiarbeit einzubinden, um Mitglieder zu werben, um praktische Lösungen zu finden, die Frauen echte Chancen einräumen.

Andererseits wissen wir auch, daß seit dem Essener Parteitag 1985 und trotz der

geführte öffentliche Diskussion hat ganz wesentlich die Meinungsbildung beeinflusst. Nach dem Parteitag stellte ein Meinungsforschungsinstitut fest, daß mehr als die Hälfte der Befragten sich für eine Quotenregelung in der Politik zugunsten von Frauen aussprachen. Bereits 1949 in Recklinghausen war die Beteiligung von Frauen in der CDU ein Thema. Konrad Adenauer wollte schon damals, daß 20 Prozent der Mandate von Frauen wahrgenommen werden.

Eine Quorumsregelung kann nicht alles sein, aber alles, was darüber hinaus erforderlich ist, nämlich das rechtzeitige Ansprechen von Frauen vor Vorstandswahlen und vor Nominierungen für Mandate, die Schulung von Frauen für die Übernahme politischer Ämter, die familienfreundliche

*Ohne die Verpflichtung zu einem solchen Quorum werden wir nie zu einem höheren Frauenanteil in Ämtern und Mandaten kommen.*

Rita Süßmuth

Gestaltung von politischer Arbeit, das Aufgreifen von Themen, die Frauen interessieren, – alles das wird seit vielen Jahren gefordert und zum Teil auch umgesetzt. Doch vieles blieb auch unerledigt.

Es muß uns allen klar sein, welches Bild von der Volkspartei CDU entstünde, würde die jetzt vorgesehene „kleine Lösung“ hin zu mehr Verbindlichkeit scheitern. International werden z. B. von der Interparlamentarischen Union Quoten von mindestens 40 Prozent im Ergebnis gefordert, davon ist der Vorschlag des CDU-Bundesvorstandes weit entfernt. Für die CDU ist Verbindlichkeit für ein Drittel der abzugebenden Stimmen vorgesehen, das Auswahlsrecht bleibt unangetastet.

### Nicht verschieben

Die CDU kann es sich als moderne Volkspartei nicht leisten, die nächsten Schritte zur Gleichstellung von Frauen in der Partei aufs nächste Jahrtausend zu verschieben.

Wir brauchen jetzt Frauen und Männer in der CDU, die ein letztlich selbstverständliches Recht der Frauen auf angemessene Vertretung in einer repräsentativen Demokratie durch eine verbindliche Regelung einfordern und dafür kämpfen.

**B**is zu einer von Herbert Reul initiierten Veranstaltung im Landtag war ich erklärte Quotengegnerin. Ich habe lange überlegt, wie sich die Situation von Frauen und damit auch das Image von CDU und JU verbessern läßt. Aber mir ist offen geblieben keine schlüssige Antwort außer der bindenden Selbstverpflichtung oder einer „Quasi Quote“ eingefallen. Alle anderen denkbaren Möglichkeiten zur Frauenförderung sind längst beschlossen und ohne sichtbaren Erfolg geblieben.

## Frauenbeteiligung lohnt sich

### Beispiel: Frauen im CDU-Ortsverband Erpel (Rheinland-Pfalz)

Bei den letzten Kommunalwahlen haben die Wählerinnen und Wähler den weiblichen Kandidaten der CDU in Erpel beste Stimmergebnisse verschafft. Durch ihre aktive Arbeit auf allen Ebenen und im vorpolitischen Raum haben die Erpeler CDU-Frauen einen hohen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung. Im Verbandsgemeinderat Unkel hat die CDU 13 Sitze, davon sind 5 mit Frauen besetzt = 38,4 Prozent.

Aber auch in der Partei sind die Frauen maßgeblich beteiligt: Die Vorsitzende des CDU-Ortsverbands und die stellvertretende Vorsitzende sind Frauen: Cilly Adenauer und Hildegard Sieberz haben das Heft in der Hand. Auch von den 8 Beisitzern sind 3 Frauen (37,5 Prozent).

Von den 9 Sitzen der CDU im Ortsgemeinderat sind 3 mit Gemeinderätinnen besetzt (33 Prozent). Hier zeigt sich ganz klar: auch auf Ortsverbandsebene kann das Frauen-Drittel erfüllt werden.

*ben. Wir können uns in CDU und JU nicht mehr leisten, auf die Mitarbeit von Frauen, insbesondere junger Frauen, zu verzichten. Die Mehrheitsfähigkeit unserer Partei und die Überlebensfähigkeit aller Vereinigungen hängen entscheidend davon ab, ob wir es wieder schaffen, von Frauen aller Altersgruppen akzeptiert, unterstützt und gewählt zu werden.*

**Doris Schneider-Bodien (30), stellv. JU-Landesvorsitzende NRW**

Zwei Leitfäden für die Zielgruppenarbeit mit Frauen:

## Wie gewinne ich Mädchen und Frauen für die politische Arbeit?

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen (knapp 52 Prozent). Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sind Frauen. Für den Wahlerfolg der Union haben Frauen daher eine ganz wesentliche Bedeutung. Welche Veranstaltungsformen bevorzugen Frauen? Wie interessiere ich Frauen für die politische Arbeit vor Ort? Diese und viele Fragen mehr beantwortet der Leitfaden

### „Politik weiblich – Themen, Tips und Taten“

Der Leitfaden für die Zielgruppenarbeit mit Frauen ist unter der Bestell-Nummer 4602 im 10er-Pack zum Preis von 15,- DM erhältlich bei:

IS-Versandzentrum  
**Postfach 1164**  
**33759 Versmold**  
**Fax: (0 54 23) 4 15 21**

Mit Pep und Ideen:

## Neue Gesichter für die Junge Union!

„Mädchen und Frauen sind sehr wohl politisch, selten jedoch staatsmännisch.“ Schon allein in dieser Begrifflichkeit sehe man, daß es kaum Frauen in herausge-

Ein Leitfaden für die Zielgruppenarbeit mit Frauen



Politik weiblich -  
Themen, Tips  
und Taten



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

hobenen politischen Funktionen gebe. So heißt es in dem Leitfaden für die Arbeit mit jungen Frauen, herausgegeben von der Jungen Union Baden-Württemberg. Der Leitfaden bietet Anregungen für die Verantwortlichen in Orts- und Kreisverbänden, wie weibliche Mitglieder gewonnen werden können, und enthält Ideen zur Einbindung junger Frauen in die Arbeit vor Ort.

Bezugsadresse:

**Landesverband der Jungen Union  
 Baden-Württemberg  
 Arbeitskreis „Junge Frauen“  
 Hasenbergstr. 49 b  
 70176 Stuttgart**

Bundesfrauenministerin Claudia Nolte:

## Neue Perspektiven und Maßstäbe für Gleichberechtigung

**Zum Abschluß der 4. Weltfrauenkonferenz am 15. September in Peking erklärte Bundesfrauenministerin Claudia Nolte:**

Die 4. Weltfrauenkonferenz war ein Erfolg. Es ist gelungen, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Belange von Frauen zu richten. Ich fand beeindruckend, mit welcher Intensität und Konzentration Frauen hier in Peking gearbeitet haben. Das wird die Motivation und Solidarität von Frauen weltweit stärken.

Dies war, nach einer Reihe von Weltgipfeln und Konferenzen – von Rio über Kairo bis Kopenhagen – für die Frauen dieser Welt die wichtigste Konferenz. Es gelang in Peking, vieles, was in früheren Konferenzen verhandelt und beschlossen wurde, auf die spezifischen Situationen von Frauen und die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu konzentrieren und in einzelnen Bereichen über das früher Erreichte hinauszugehen:

- Erstmals ist das Konzept der sexuellen Selbstbestimmung der Frau festgeschrieben und definiert worden;
- niemals zuvor ist Gewalt gegen Frauen so umfassend und eindringlich benannt und gebrandmarkt worden;
- die Konferenz wird Frauen den Weg bereiten, besser und leichter in Entscheidungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzusteigen.

Vor der Konferenz gab es Befürchtungen, daß es einzelnen Staaten und Gruppen von Staaten gelingen könnte, Kairo zu unterhöhlen. Deshalb war es wichtig, daß wir in

keinem Punkt hinter das zurückgegangen sind, was bei früheren Konferenzen bereits erreicht wurde. Ich erwähne nur die Diskussionen über die Menschenrechte und den Versuch, sie kulturell zu relativieren.

Die Europäische Union hat auf dieser Konferenz mit einer sehr komplizierten und umfangreichen Verhandlungsmaterie eine bedeutende Rolle gespielt. Sie war einer der Hauptverhandlungspartner der Gruppe der 77, die auf allen VN-Konferenzen die große Mehrheit stellt. Ich möchte an dieser Stelle der spanischen EU-Präsidentschaft ausdrücklich für die Mühe und Umsicht in den nicht immer leichten Verhandlungen danken. Sie hat einen konstruktiven Beitrag zum Erfolg dieser Konferenz geleistet. Mein Dank gilt auch allen Mitgliedern der deutschen Delegation, die in hervorragender Weise die Verhandlungen geführt haben. Besonders freute mich, daß 80 Prozent der Delegationsmitglieder Frauen waren.

Für mich war entscheidend, daß es uns gelang, deutsche Anliegen in der Aktionsplattform zu verankern. Folgende Punkte möchte ich besonders erwähnen:

- Ein zentrales deutsches Anliegen war die Sicherung der Menschenrechte für alle Frauen. Dies konnte nach dem Vorbild der Wiener Menschenrechtskonferenz ohne Relativierung durch Kultur und Religion durchgesetzt und festgeschrieben werden.
- Das Thema Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung lag mir besonders am Herzen. Es ist ein Erfolg, daß in der Aktionsplattform die gesamte Dimen-

sion von Gewalt gegen Frauen benannt und geißelt wird und Maßnahmen zum Abbau aufgezeigt werden.

- Das Konzept der sexuellen Selbstbestimmung der Frau konnte verankert werden.

- Die Eindeutigkeit, mit der der gleichberechtigte Zugang von Frauen in Positionen von Verantwortung und Entscheidung in der Aktionsplattform eingefordert wird, gibt mir Hoffnung. Dies ist besonders für uns in Deutschland entscheidend.

- Die Armut der Frauen, vor allem in Entwicklungsländern, behindert immer noch ihren Zugang zu Bildung, Land, Eigentum, Krediten, Beschäftigung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Die Plattform verlangt, daß Frauen bei der Planung und Durchführung von Projekten und Programmen mit ihrer besonderen Verantwortung einbezogen werden sollen.

- Gerade für mich, aus der ehemaligen DDR kommend, war wichtig, daß auch die schwierige Situation der Frauen in den mittel- und osteuropäischen Übergangsländern berücksichtigt und benannt wurde.

### Jetzt müssen Taten folgen

Der Erfolg dieser Konferenz wird daran gemessen werden, inwieweit uns die Umsetzung der Aktionsplattform gelingt. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere auch der deutschen Nichtregierungsorganisationen, die sich auf dem NRO-Forum und als Mitglieder der offiziellen deutschen Delegation durch Energie und Sachkunde ausgezeichnet haben. Allen NGOs möchte ich an dieser Stelle noch einmal für ihre engagierte Mitarbeit sehr herzlich danken. Anfang nächsten Jahres werde ich eine nationale Nachbereitungskonferenz einberufen, um an der Umsetzung der Beschlüsse von Peking weiterzuarbeiten. Den Worten müssen jetzt Taten folgen.

## Peking war ein Erfolg

**Zum Ergebnis der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:**

Allen Unkenrufen zum Trotz: Peking war ein Erfolg. Mit der Aktionsplattform von Peking wurde ein wichtiges Strategiedokument zur Verbesserung der Situation von Frauen verabschiedet:

- Frauenrechte wurden als Menschenrechte anerkannt – Gewalt gegen Frauen wird als Menschenrechtsverletzung verur-

Jetzt geht es darum, die Beschlüsse der Aktionsplattform auch umgehend umzusetzen: Jetzt muß gehandelt werden.

teilt; das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wurde festgeschrieben.

- Echte Entwicklung ist ohne die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen undenkbar – echte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen ist hierfür notwendige Voraussetzung.

Auf diesen Grundsätzen aufbauend, wurden konkrete Handlungsstrategien für die Bereiche Menschenrechte, Gewalt gegen Frauen, Armut, Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Beteiligung an Entscheidungsprozessen festgelegt.

Wenn man bedenkt, daß zu Beginn der Konferenz noch 40 Prozent des Textes der Aktionsplattform in Klammern, das heißt zur Disposition, standen, übertrifft das Ergebnis alle Erwartungen. Die Befürchtung, Peking könne ein Rückschlag hinter die Erfolge der letzten frauenpolitisch relevanten UN-Konferenzen (Wien und Kairo!) werden, hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet.

# Umweltechnologie – Chance für neue Arbeitsplätze

**Auf dem Symposium „Forum Zukunft“ des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) in München erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers:**

Die deutsche Wirtschaft ist – als Anbieter wie als Anwender – führend im Bereich industrieller Umweltechnologie. Vieles setzt aber am Ende der Produktionsprozesse an: Schadstoff-Filter, Abwasserreinigung, Müllbeseitigung. Das ist wichtig, aber wir brauchen auch Innovationen für vorbeugenden Umweltschutz. Wir müssen uns vom nachsorgenden Umweltschutz verstärkt hin zu vorsorgenden Maßnahmen bewegen.

Zu diesem Ansatz des produkt- und produktionsintegrierten Umweltschutzes hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr ein eigenes Förderprogramm aufgelegt. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie setzt 1995 für die Förderung der Entwicklung von Umweltechnologien rd. 300 Millionen Mark ein. Die Forschung zur Vermeidung und Verringerung von Umweltbelastungen wird als Querschnittsaufgabe 1996 mit fast 2 Milliarden DM unterstützt. Allein für die Projektförderung

stellt das BMBF 1996 377 Millionen DM zur Verfügung. Die Mittel für den produktionsintegrierten Umweltschutz wachsen überproportional.

Umweltschutz wird zu einem immer wichtigeren Faktor für die Beschäftigung. Heute sind bereits rund 680.000 Menschen im Umweltschutz tätig, oder ihre Arbeitsplätze hängen von der Nachfrage nach Umweltschutzgütern ab. Nach aktuellen Prognosen könnten es im Jahr 2000 mehr als 1,1 Millionen sein. Das Weltmarktvolumen bei Umweltschutzgütern betrug 1990 200 Milliarden US-Dollar. Zur Jahrtausendwende werden es voraussichtlich 300 Milliarden sein. Mit über 20 Prozent halten deutsche Unternehmen den höchsten Anteil am Weltexport umweltschutzrelevanter Güter. Unser Ziel ist es, diese hervorragende deutsche Position zu sichern und weiter auszubauen.

Ich appelliere an die gemeinsame Verantwortung aller bei der Realisierung einer zukunftsfähigen Entwicklung unserer Industriegesellschaft. Nach meinem Verständnis ist das Gebot zu „Sustainable Development“ nicht mehr und nicht weniger als ein kategorischer Imperativ der Zukunft: Handele so, daß Zukunft auch für nachfolgende Generationen möglich ist.

## Richtigstellung

In die Darstellung des Modells der Jungen Union, nach dem der Ladenschluß liberalisiert werden soll (UiD 28/95, Seite 30), hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muß richtig heißen: *An Werktagen sollen die Läden uneingeschränkt geöffnet sein.*

*Sonnabends und vor Feiertagen setzt der Ladenschluß ab 18.30 Uhr ein. Direkt an Sonn- und Feiertagen bleiben die Geschäfte geschlossen, und an Montagen und nach Feiertagen sollen die Verbraucher ab 6 Uhr morgens wieder einkaufen können.*

## Jahressteuergesetz 1996:

# Prioritäten für Aufschwung Ost

**Auch in den kommenden Jahren hat der Aufbau in den neuen Bundesländern Vorrang vor dem Aufbau West. Den erfolgreich begonnenen wirtschaftlichen Wandel wollen wir konsequent fortsetzen, um den Menschen Perspektiven auf sichere Arbeitsplätze zu eröffnen. Dies setzt eine leistungsfähige Wirtschaft und einen gut ausgebauten Mittelstand voraus.**

Im Jahressteuergesetz 1996 haben wir deshalb eine Verbesserung der Fördermaßnahmen verwirklicht. Allein 1998 wird die Wirtschaft in den neuen Bundesländern mit elf Milliarden DM zusätzlich gefördert. Was bringt das Jahressteuergesetz den neuen Bundesländern?

### 1. Einkommensteuergesetz und Fördergebietsgesetz:

- Befristete Ausdehnung der steuerneutralen Wiederanlage betrieblicher Veräußerungsgewinne auf den Erwerb von Anteilen an mittelständischen Kapitalgesellschaften in den neuen Ländern und Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich an mittelständischen Unternehmen in den neuen Ländern beteiligen (§ 6 b EStG).
- Verlängerung der von 50 Prozent auf 40 Prozent gesenkten Sonderabschreibungen für Ausrüstungsinvestitionen in den neuen Ländern für die Jahre 1997 und 1998.
- Einbeziehung der Ausrüstungsinvestitionen der mittelständischen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in West-Berlin ab 1996.
- Verlängerung der Sonderabschreibungen für Betriebsgebäude im verarbeitenden

den Gewerbe von 40 Prozent bei eigenbetrieblicher Nutzung und 20 Prozent bei fremdbetrieblicher Nutzung für die Jahre 1997 und 1998.

- Einbeziehung eigengenutzter gewerblicher Bauten mittelständischer Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in West-Berlin ab 1996.
- Verlängerung der Sonderabschreibungen für Betriebsgebäude in den üblichen Wirtschaftsbereichen mit 20 Prozent für die Jahre 1997 und 1998.
- Verlängerung der von 50 Prozent auf 25 Prozent gesenkten Sonderabschreibungen für den Mietwohnungsbau für die Jahre 1997 und 1998.
- Verlängerung der von 50 Prozent auf 40 Prozent gesenkten Sonderabschreibungen für Modernisierung und Sanierung von Gebäuden in den neuen Ländern für die Jahre 1997 und 1998.
- Verlängerung des Sonderausgabenabzugs für die Modernisierung und Sanierung selbstgenutzten Wohneigentums in den neuen Ländern für die Jahre 1997 und 1998.
- Steuerermäßigung für Darlehen zur Verstärkung des haftenden Kapitals von kleinen und mittleren Betrieben in den neuen Ländern für die Jahre 1996 bis 1998.

### 2. Investitionszulagengesetz

- Verlängerung der Frist für Fertigstellung von Investitionen, die vor dem 1. Juli 1994 begonnen wurden, für die Investitionszulage von acht Prozent und zwei Jahren bis Ende 1998.



- Verlängerung der Investitionszulage von fünf Prozent nur für das verarbeitenden Gewerbe für die Jahre 1997 und 1998.
- Verlängerung der Investitionszulage von zehn Prozent für den Mittelstand in den Jahren 1997 und 1998.
- Einbeziehung des kleinflächigen Handels in die Investitionszulage von zehn Prozent ab 1996. Um kleinen und mittleren Groß- und Einzelhandelsbetrieben in den neuen Ländern die Finanzierung der Wahrung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch notwendige Investitionen zu erleichtern, werden sie ab 1996 wieder in die Investitionszulage einbezogen. Sie gilt für ein Investitionsvolumen von höchstens 250.000 DM pro Betrieb und Jahr, wenn die Anzahl der Arbeitnehmer nicht mehr als 50 beträgt. Hierdurch wird ein Beitrag zur Wiederbelebung der Innenstädte geleistet.
- Einbeziehung des verarbeitenden Gewerbes von West-Berlin in die Mittelstandszulage von zehn Prozent ab 1996. Die wirtschaftliche Situation von West-Berlin hat sich nach dem Wegfall der Berlin-Förderung deutlich verschlechtert und ist hinter der Entwicklung im Ostteil der Stadt zurückgeblieben. Der Westteil Berlins stellt aber für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Berlin/Brandenburg einen bedeutenden Faktor dar. Der Vereinigungsprozeß wird jedoch durch das unterschiedliche Förderniveau innerhalb der Region erschwert. Deshalb werden betriebliche Investitionen in West-Berlin wieder in die Förderung einbezogen.
- Erhöhung der Grenze für die Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten von 250.000 DM auf eine Million DM für Unternehmer in den neuen Ländern für die Jahre 1996 bis 1998.

### 3. Sonstige Maßnahmen

- Verlängerung der Aussetzung der Vermögensteuer in den neuen Ländern bis

einschließlich 1998. Gerade hierdurch wird der Mittelstand um rund 400 Millionen DM pro Jahr entlastet.

- Steuerbefreiung der Grundstücksübertragung der aufgelösten Treuhandanstalt an ihre Nachfolgersellschaften.

**Den Aufschwung Ost**

**gezielt fördern.**

**SPD darf eine Reform**

**nicht länger verzögern.**

Mit der Straffung und Konzentration der Fördermaßnahmen leisten wir einen entscheidenden Beitrag, die industrielle Basis zu stärken, und den leistungsfähigen Mittelstand weiter voranzubringen. Zugleich tragen wir damit dem Grundsatz Rechnung, die Förderung unter Berücksichtigung regionaler und struktureller Gegebenheiten zu straffen und auf die Bereiche verstärkt zu konzentrieren, die der Förderung durch den Staat besonders bedürfen: Mittelstand und verarbeitendes Gewerbe sowie den kleinflächigen Handel – auch gerade in Berlin.

Wir wollen diese Politik zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung mit einer Reform der Gewerbesteuer konsequent fortsetzen. Sie kommt nicht zuletzt auch den neuen Bundesländern zugute. Insbesondere die Abschaffung der Gewerbesteuer liegt im Interesse der neuen Bundesländer, zumal sie als Substanzsteuer unabhängig davon zu zahlen ist, ob ein Gewinn vorliegt oder nicht. Gerade in den neuen Bundesländern ist die Stärkung der Eigenkapitalbasis angesagt. Wenn es die SPD ernst meint mit dem Aufbau Ost, darf sie eine Reform nicht länger verzögern. Sie ist gefordert, ihre sozialdemokratischen Scheuklappen abzulegen und konstruktiv an der Zukunftssicherung und Modernisierung Deutschlands mitzuarbeiten.

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

## Aktuelle Finanzentwicklung der Krankenkassen zwingt zum Handeln

**Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer hat anlässlich der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 7. September die aktuellen Finanzergebnisse der gesetzlichen Krankenkassen im 1. Halbjahr 1995 erläutert:**

Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung ist alarmierend. Die Krankenkassen hatten im 1. Halbjahr 1995 ein Defizit von rd. 5,4 Mrd. DM aufzuweisen; davon rd. 4,2 Mrd. DM in den alten und rd. 1,2 Mrd. DM in den neuen Ländern. Die Leistungsausgaben der Krankenkassen stiegen in den alten Ländern um 6,4 Prozent bei einem Anstieg der beitragspflichtigen Einnahmen von 0,7 Prozent. In den neuen Ländern betrug der Ausgabenzuwachs 12,5 Prozent und der Zuwachs der beitragspflichtigen Einnahmen 1,8 Prozent.

Es besteht kein Zweifel: Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz ist es gelungen, die dramatische Finanzentwicklung des Jahres 1992 zu stoppen und den rasanten Anstieg der Beitragssätze zu bremsen. Die Krankenkassen konnten durch die Überschüsse der Jahre 1993 und 1994 ihre Finanzreserven wieder auffüllen und das Beitragssatzniveau leicht senken. 1995 – im 3. Jahr nach Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes und im 3. Jahr der Budgetierung – müssen wir jedoch bereits erkennen, daß die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung den Einnahmen wieder davonlaufen. Mit zunehmendem Abstand vom Inkrafttreten am 1. Januar 1993 verliert das Gesundheitsstrukturgesetz seine Wirksamkeit. Das ist weder neu noch

überraschend, sondern wurde von der Regierungskoalition bereits vor drei Jahren prognostiziert. Die aktuelle Ausgabenentwicklung unterstreicht eindrucksvoll den Handlungsbedarf bei allen Beteiligten im deutschen Gesundheitswesen.

Bei nüchterner Betrachtung des 1. Halbjahres 1995 muß man zu folgenden Schlußfolgerungen kommen:

- Rund die Hälfte des aktuellen Defizits haben die Regierungskoalition und SPD-Opposition durch das 1989 im parteiübergreifenden Konsens verabschiedete Rentenreformgesetz gemeinsam zu verantwortet. Dieses Gesetz führt in der Krankenversicherung ab 1995 zu verringerten Beitragseinnahmen für die Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld. Gleichzeitig müssen höhere Beitragszahlungen der Krankenversicherung für Krankengeldbezieher an Renten- und Arbeitslosenversicherung geleistet werden. Bezogen auf das gesamte Jahr 1995 belastet dies die gesetzliche Krankenversicherung mit 5 bis 6 Milliarden DM. Dem steht zwar eine Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Pflegeversicherung in der Größenordnung von 2 bis 3 Mrd. gegenüber. Da die Pflegeversicherung aber erst am 1. April in Kraft getreten ist, wirkt sich dies im ersten Halbjahr 1995 nur in geringem Maße aus.

- Die andere Hälfte des Defizits ist auf die bedrohliche Ausgabenentwicklung in verschiedenen Leistungsbereichen zurückzuführen. Der größte Anteil hiervon ist eindeutig auf den Krankenhausbereich

zurückzuführen, der rd. ein Drittel der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung ausmacht. Jeder Prozentpunkt, um den die Krankenhausaussgaben zusätzlich steigen, kostet die Krankenkassen im Jahr rd. 750 Mio. DM. Für einen großen Teil der Grundlohnüberschreitung ist allerdings auch hier der Gesetzgeber verantwortlich. Nicht zuletzt auf Wunsch der Länder sind hier zahlreiche Ausnahmetatbestände im Gesetz verankert worden, die ein begrenztes Wachstum der Krankenhausbudgets oberhalb der Löhne und Gehälter der Versicherten zulassen.

Die Problemfelder werden in der sektoralen Betrachtung besonders deutlich, wenn

man die Ausgaben des 1. Halbjahres nicht nur mit den Ausgaben des 1. Halbjahres 1994 vergleicht, sondern auch den Ausgaben aus dem 1. Halbjahr 1992 gegenüberstellt, dem Jahr vor Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich im einzelnen folgendes Bild:

- Ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie Verwaltungsausgaben der Krankenkassen sind weitgehend im Lot mit der Grundlohnentwicklung geblieben.
- Die Ausgaben für Arzneimittel und Zahnersatz liegen auch heute noch unter den Werten des 1. Halbjahres 1992. Diese Rückgänge hat der Gesetzgeber gewollt.

**Veränderungsraten im 1. Halbjahr 1995 je Mitglied im Vergleich zum 1. Halbjahr 1992 in v. H.**

	alte Länder	neue Länder
<b>Leistungsausgaben insgesamt:</b>	<b>10,71</b>	<b>45,95</b>
<b>davon:</b>		
- ärztliche Behandlung	8,12	45,86
- kons.-chirurg. Zahnbehandlung	6,43	26,59
- Zahnersatz	- 8,06	- 44,32
- Arzneimittel	- 7,81	37,70
- Heil- und Hilfsmittel insgesamt	25,43	66,18
• orthopädische Hilfsmittel	28,21	42,74
• Sehhilfen	9,16	29,96
• Hörhilfen	33,69	10,99
- Heilmittel, davon:	18,56	110,51
• physiotherap. Leistungen	13,74	114,72
• Sonstige Heilpersonen	73,44	52,94
- Schwerpflegebedürftigkeit	- 30,26	- 15,78
- Krankenhausbehandlung	15,72	52,58
- Gesamtförderung/Soz. Dienste	131,13	194,24
- Krankengeld	21,87	120,72
- Fahrkosten	45,58	104,87
- Kuren	37,06	311,19
<b>Netto-Verwaltungskosten</b>	<b>8,51</b>	<b>41,22</b>
<b>beitragspflichtige Einnahmen</b>	<b>8,34</b>	<b>37,12</b>

Allerdings zeigt sich bei Arzneimitteln, daß der Sparwille der Beteiligten mit größer werdendem Abstand zum Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes abnimmt. Hier sind vor allem die niedergelassenen Ärzte gefordert, dafür Sorge zu tragen, daß das Arzneimittelbudget nicht überschritten wird. Letzteres gilt für die alten und noch mehr für die neuen Länder, in denen die Pro-Kopf-Ausgaben für Arzneimittel bereits im vergangenen Jahr die Ausgaben der alten Länder deutlich überschritten und trotzdem im 1. Halbjahr 1995 einen Zuwachs von 15 Prozent aufzuweisen haben.

● Probleme bereitet vor allem die Ausgabenentwicklung im Krankenhausbereich. Er ist im Budgetierungszeitraum nicht nur doppelt so stark gestiegen wie der Anstieg der beitragspflichtigen Einnahmen, sondern auch doppelt so stark wie der Zuwachs bei den Ärzten.

● Besonders hohe Steigerungsraten zeigen die Ausgaben für Heilmittel, Hilfsmittel, stationäre Kuren, Fahrkosten und Gesundheitsförderung. Bei Heil- und Hilfsmitteln sowie Kuren gibt vor allem die Verordnungsweise der Ärzte Anlaß zu Kritik; bei Hilfsmitteln kommt hinzu, daß durch die mangelnde Bereitschaft der Krankenkassen, weitere Festbeträge umzusetzen, Anreize für wirksamen Preiswettbewerb häufig unterbleiben. Bei Kuren und Gesundheitsförderung liegt die Verantwortung für extrem hohe Steigerungsraten auch bei den Krankenkassen. Auch wenn diese Leistungsbereiche keinen so großen Anteil am Ausgabenkuchen der gesetzlichen Krankenversicherung ausmachen, dürfen sich die Kassen nicht wundern, wenn diese Entwicklungen in der Öffentlichkeit besonders kritisch beleuchtet werden, zumal sich dahinter oft Marketingmaßnahmen verbergen. Bei den Fahrkosten, für die die Krankenkassen im 1. Halbjahr 1995 rd. 105 Prozent mehr

ausgegeben haben als 1992, müssen vor allem die Länder und die Kommunen die Verantwortung für diese exorbitanten Steigerungsraten tragen, da sie Vertragsverhandlungen und Wettbewerb durch Landes- und Kommunalrecht weitgehend ausschalten.

### **Die Konsequenz aus der aktuellen Ausgabenentwicklung und der Entwicklung der letzten drei Jahre kann nur lauten:**

- 1.** Eine Verlängerung der sektoralen Budgetierung – wie von der SPD gefordert – kann weder die Ausgabenentwicklung besser in den Griff bekommen noch die Ungleichgewichte zwischen den Leistungsbereichen beseitigen. Das zeigt die finanzielle Entwicklung im ersten Halbjahr 1995. Wenn wir das Ziel „ambulant geht vor stationär“ ernst nehmen, dürfen wir nicht zulassen, daß der Ausgabenanteil für die niedergelassenen Ärzte immer geringer und für die Krankenhäuser immer höher wird.
- 2.** Bei Arznei- und Heilmitteln, Kuren aber auch im Krankenhausbereich sind die Krankenkassen gemeinsam mit ihren Vertragspartnern aufgefordert, auf strikte Einhaltung der Budgets zu achten. Nicht Beitragssatzsteigerungen, sondern Budgeteinhaltung heißt das Gebot der Stunde.
- 3.** Die besorgniserregende Ausgabenentwicklung vor Auslaufen des dreijährigen Budgetierungszeitraums dokumentiert eindringlich den Handlungsbedarf für eine dritte Reformstufe. Ich habe bereits vor Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes darauf hingewiesen, daß eine solche Reformstufe erforderlich ist, um auch mittelfristig die Finanzierbarkeit unseres leistungsfähigen Gesundheitswesens bei stabilen Beitragssätzen aufrecht zu erhalten. Auch die SPD scheint jetzt diesen Reformbedarf zu erkennen. Bislang hat sie immer behauptet, die Umsetzung des Ge-

# Vorwürfe des Kinderschutzbundes unberechtigt

**Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, erklärte zu den Forderungen des Kinderschutzbundes:**

Der Kinderschutzbund erhebt anlässlich des Weltkindertages Vorwürfe, die in dieser Form nicht hingenommen werden können. Alle familien- und kinderpolitischen Leistungen pauschal negativ abzustempeln, hilft nicht weiter. Vielmehr wäre es besonders wichtig, wenn nicht gegeneinander, sondern miteinander für Fortschritte zugunsten der Kinder gekämpft würde. Ich lade den Kinderschutzbund dazu herzlich ein. Wir müssen an einem Strang ziehen: Politiker, Verbände, Kirchen, Elterninitiativen und Interessengruppen sind gefordert.

Gerade im ersten Halbjahr dieser Legislaturperiode haben wir unübersehbar große Anstrengungen unternommen, um die Lebenssituation von Familien und Kindern zu verbessern. Die Reform des Familienleistungsausgleichs mit zusätzlichen 7 Mrd. DM ist ein großer Schritt. Die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. 1. 1996 wird ge-

rade Familien mit niedrigem Einkommen nützen. Bei der Wohnungsbauförderung sind deutliche Familienkomponenten festgeschrieben worden. Bei der Kinderbetreuung werden mit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz zum 1. 1. 1996 erhebliche Betreuungslücken geschlossen. Schließlich werden wir die wichtige und notwendige Reform des Kinderschafsrechts voranbringen.

## Familien sehr ernst nehmen

Ich will keinesfalls die Probleme und gesellschaftlichen Defizite verharmlosen. Eine Weltuntergangsstimmung zu zeichnen, halte ich jedoch für verfehlt. Wir müssen die Familien sehr ernst nehmen, die sich gegenüber Singles und gutverdienenden Ehepaaren ohne Kinder benachteiligt fühlen. Wir müssen die kinderbezogenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, sie aber auch von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern stärker einfordern. Politik für Kinder muß in Orientierung an den Veränderungen in der Gesellschaft erfolgen.

sundheitsstrukturgesetz sei ausreichend, um auch in Zukunft alle Herausforderungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu lösen.

**4.** Für die Entwicklung bis zum Inkrafttreten der dritten Stufe der Gesundheitsreform muß die Selbstverwaltung für einen begrenzten Zeitraum sicherstellen, daß die Ausgabenentwicklung in Schach und Proportionen bleibt. Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen steht deshalb vor der Aufgabe, für die wichtigen

Ausgabenbereiche zu Empfehlungen für das Jahr 1996 zu kommen, die alle Beteiligten in die Pflicht und in die Verantwortung für konkrete Ausgabenbegrenzungen nehmen.

**5.** Im übrigen hält die Koalition an ihrem Fahrplan für die dritte Stufe der Gesundheitsreform fest. Bis Ende des Jahres wird in enger Abstimmung mit allen Beteiligten des Gesundheitswesens ein Gesetzentwurf vorgelegt, der zum 1. Juli 1996 in Kraft gesetzt werden soll. ■

# Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten – Chancen und Risiken –

Das geeinte Europa ist unverzichtbarer Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung. Für die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments ist die europäische Integration unumkehrbar. Die Europäische Union muß offen sein für die Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE), um auch für diesen Teil Europas Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu sichern.

Eine Erweiterung der Europäischen Union nach Osten heißt nicht, daß der Mittelmeerraum vernachlässigt wird. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt die entsprechenden Beschlüsse des Europäischen Gipfels von Cannes. Denn wer sich heute in diesen beiden Nachbarregionen der EU nicht engagiert, wird in Zukunft die dramatischen Folgen von Instabilität zu tragen haben. Die Erweiterung der EU nach Osten liegt im deutschen und gesamt-europäischen Interesse.

Eine realistische Politik gebietet es, keine falschen Erwartungen und Hoffnungen in den möglichen Beitrittsstaaten zu unterstützen. So ist es unwahrscheinlich, daß die Europäische Union alle beitrittswilligen MOE-Staaten zur gleichen Zeit aufnehmen kann. Außerdem wird man lange Übergangszeiten vorsehen müssen. Die CDU/CSU-Gruppe wird sich allerdings dafür einsetzen, daß der erste Beitritt eines MOE-Staates um das Jahr 2000 stattfinden kann. Wir streben darüber hinaus an, daß alle EU-Mitglieder auch NATO-Mitglieder werden. Dabei kann die Integration in

die NATO einer EU-Mitgliedschaft vorausgehen.

Notwendig ist, daß die mittel- und osteuropäischen Staaten die Voraussetzungen für einen Beitritt in ihren eigenen Ländern schaffen. Die MOE-Staaten können nur mit leistungsfähigen Volkswirtschaften der EU beitreten. Das Weißbuch der Europäischen Kommission, welches die Integrati-

## Berliner Erklärung der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments anläßlich des Europa-politischen Kongresses

on der assoziierten Staaten in den Binnenmarkt zum Ziel hat, sowie der auf dem Europäischen Gipfel in Essen verabschiedete Fahrplan ist wesentlicher Bestandteil unserer Beitrittsstrategie für diese Staaten.

Vertiefung und Erweiterung stehen für uns in keinem Widerspruch. Voraussetzung für eine Erweiterung ist aber, daß auch die EU reformiert wird. Die Reformkonferenz 1996, welche den Maastrichter Vertrag konkretisierend ergänzen soll, ist eine wichtige Etappe in diesem Prozeß. Sie muß eine effiziente Entscheidungsfindung in der EU sicherstellen und damit die Handlungsfähigkeit stärken sowie mehr demokratische Legitimation und eine Er-

höhung der Transparenz verwirklichen. In einem weiteren Schritt ist die Agrar-, Regional- und Strukturpolitik zu reformieren – einerseits, weil hier seit Jahren ein dringender Reformbedarf besteht, andererseits, weil sonst bei Neubetritten das Finanzsystem der EU überfordert wird.

Die Lasten für die Beitritte mittel- und osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union müssen von allen Mitgliedstaaten solidarisch getragen werden. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament fordert eine Finanzreform der EU, die sie befähigt, auch neue Aufgaben zu erfüllen, und die zu einer gerechteren Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten führt.

Schon vor einem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten ist es wichtig, die Zusammenarbeit auf dem Feld der inneren Sicherheit zu intensivieren. Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt die Fortschritte, die hier bisher erzielt worden sind. Die ersten Zahlen zeigen: Durch Europol und das Schengen-Abkommen ist mehr Sicherheit möglich geworden. Die Anzahl der Straftaten ist zurückgegangen. Aber dieses reicht noch nicht: Wir müssen zusammen mit unseren Partnern in den MOE-Staaten die international tätigen Kriminellen genauso effektiv bekämpfen, wie diese ihre Aktivitäten organisieren.

### Nähe zur Ostgrenze

Berlin als Hauptstadt Deutschlands und zukünftiger Sitz der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages wird eine aktive Rolle im europäischen Einigungsprozeß einnehmen. Auch die Nähe zur Ostgrenze der EU verpflichtet diese Stadt, wichtige Impulse für den Ausbau der Beziehungen zu geben. Berlin kann dann einen wesentlichen Beitrag zur Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in

die Europäische Union leisten. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt Berlin und die neuen Länder bei ihrem Anliegen, eine interregionale Zusammenarbeit mit Helsinki und Wien zu etablieren. Diese engere Kooperation soll die Abstimmung einer Politik intensivieren, welche eine Annäherung Polens, Ungarns, der Tschechischen Republik und der baltischen Staaten an die Europäische Union fördert.

### Über Grenzen hinweg

Europa muß gelebt werden. Wichtiges Element sind hierbei die direkten persönlichen Begegnungen zwischen den Menschen in Ost und West. Die Kontakte über die Grenzen hinweg, zwischen den Städten und Gemeinden, zwischen z. B. Professoren und Studenten müssen intensiviert werden. Austauschmaßnahmen sind zu verstärken, universitäre Strukturen (z. B. Frankfurt/Oder) auszubauen. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt Berlin in seinem Bestreben, daß die Qualität der Beziehungen zu Polen eine ähnliche Intensität wie das deutsch-französische Verhältnis erhält.

Berlin ist Drehscheibe für die Handelswege nach Osten. Mit Unterstützung der EU wird sich Berlin bei der Ausgestaltung der Transeuropäischen Netze engagieren. Die Verkehrsverbindungen nach Osten (Bahn, Straßen, Wasserstraßen) waren durch die Ost-West-Teilung jahrzehntelang benachteiligt. Es ist viel Aufbauarbeit zu bewältigen. Die EU kann hier für Berlin einen wesentlichen Beitrag leisten.

Berlin ist eine weltoffene, europäische Hauptstadt. Die CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments wird Berlin dabei unterstützen, die an sie gestellten Herausforderungen anzunehmen. ■

# Terrorismus-Gefahr noch nicht gebannt

Weitere Anschläge auf Repräsentanten der „BRD-Eliten aus Politik und Wirtschaft“ drohen zwei Bekennerschreiben an, die nach Ansicht der Sicherheitsbehörden von den sog. „Antiimperialistischen Zellen“ (AIZ) stammen, denen mit großer Wahrscheinlichkeit der Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer zur Last gelegt werden muß.

In den beiden Briefen wird Breuer für den NATO-Einsatz in Bosnien, für die Lieferung von NVA-Waffen an die Türkei verantwortlich gemacht und als einer der maßgeblich Beteiligten an einer Entwicklung der Bundeswehr bezeichnet, die, wie es das AIZ-Papier formuliert, die Bundesrepublik zu einer „imperialistischen Groß-

macht“ machen soll. Auch die Sprengstoffanschläge auf die Privathäuser der CDU-Bundestagsabgeordneten Josef-Theodor Blank in Erkrath bei Düsseldorf und Volkmar Köhler in Wolfsburg gehen ganz offensichtlich auf das Konto der von der „Roten Armee Fraktion“ abgespaltenen Terror-Organisation. Sie zeigen die außergewöhnliche Gefährlichkeit einer Gruppe, deren Mitglieder nach Ansicht von Sicherheitsexperten nicht im Untergrund, sondern legal in der Gesellschaft leben.

## Außergewöhnlich gefährlich

Die Häufung der Anschläge bestätigt die gern überhörte Warnung: Die Terrorismus-Gefahr ist beileibe nicht gebannt.

## Preisstabilität

### Erfreuliches Signal

*Erfreulicher hätte der Start in die gesamtdeutsche Teuerungsstatistik kaum ausfallen können: Sie verdient diesen Namen kaum. Denn die Erhöhung der Preise um 1,5 Prozent im Westen, um 1,7 Prozent in ganz Deutschland, kommt dem Ziel der Preisstabilität schon recht nahe. Ein Gesetz ist dafür verantwortlich, daß die Jahresrate nicht noch einige Zehntel Prozentpunkte niedriger ausgefallen ist: In den neuen Ländern machten die Wohnungsmieten innerhalb eines Monats, von Juli auf August, einen Sprung um fast zehn Prozent, weil das neue Mietüberleitungsgesetz hierzu den Raum bot. Mit Verspätung – aus sozialer Sicht wohlbegründet – hielt damit*

*ein gleichwohl ordnungspolitisch unverzichtbares Stück Markt Einzug in Ostdeutschland.*

*Auch im Westen sind die Mieten nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes nach wie vor Preistreiber. Ob man dies gern hört oder nicht: Wären die Mieten stabil, so hätte die gesamtdeutsche Rate der Jahresteuierung im August mit 0,9 Prozent sogar eine Null vor dem Komma gehabt. Nahrungsmittel und Energie zählen, oft entgegen dem subjektiven Eindruck der Verbraucher, zu den Billigmachern der Lebenshaltung. Die methodische Umstellung überzeichnet zwar die Senkung. An der Aussagekraft der Daten sind jedoch grundsätzliche Zweifel nicht angebracht, zumal der renovierte „Warenkorb“ die Konsumgewohnheiten realistischer widerspiegelt.*

**Kölnische Rundschau**



# Wieder mehr Arbeitsplätze durch Zurückhaltung in der Lohnpolitik

**Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zur Entwicklung des Arbeitsmarktes:**

Frühzeitig im Bundestag und andernorts habe ich darauf hingewiesen, daß auch die unbestreitbar gute Konjunktorentwicklung die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen wird. Nichts anderes zeigen die neuesten Zahlen aus Nürnberg.

Die Arbeitslosigkeit ist zum allergrößten Teil nicht konjunkturell bedingt, sondern hat strukturelle Ursachen. Seit Mitte der 70er Jahre baut sich, den Fachleuten seit langem bekannt, ein im Trend zunehmender Sockel an Arbeitslosigkeit auf. Diese strukturelle Fehlentwicklung kann auch ein guter und langanhaltender Konjunkturaufschwung nicht beheben.

Was wir brauchen, ist ein radikales Umdenken der Tarifpartner. Keine umverteilungsorientierte Tarifpolitik zu Lasten der Arbeitsplätze, sondern eine strikt beschäftigungsorientierte Politik. Gefordert ist eine Politik der Lohnzurückhaltung sowie die Bereitschaft zu stärker differenzierenden Lohnabschlüssen und zu flexibleren, kostensenkenden Arbeitszeitregelungen.

Wer das Recht für sich beansprucht, die Arbeitsbedingungen festzulegen, muß für die daraus resultierenden Fehlentwicklungen einstehen. Kompetenz und Verantwortung sind untrennbar miteinander verbunden. Die Standardforderung der Sozialdemokraten und Gewerkschaften nach Staatseingriffen bewirkt im Endergebnis lediglich, daß die Tarifpartner ihre bisherige Politik zu Lasten der Arbeitsplätze fortführen können. Einige Sozialdemokraten verschließen sich dieser Erkenntnis nicht

länger. Zu nennen sind hier vor allem Klose, Spöri und von Dohnanyi.

Die Forderung nach weiteren, zwangsweisen Arbeitszeitverkürzungen ist Reparaturpolitik par excellence. Dadurch wird der Arbeitseinsatz weiter verteuert. Wie wir unseren Wohlstand, wie wir unsere hohen Realeinkommen dadurch sichern können, daß wir weniger arbeiten bei höheren Kosten je Arbeitsplatz, das bleibt ein Geheimnis der IG Metall. Mit einer Politik der zwangsweisen Arbeitszeitverkürzung wird nicht Arbeit, sondern Arbeitslosigkeit auf mehr Schultern verteilt. Ich erinnere an das vernichtende Urteil der OECD im Rahmen ihrer umfassenden Beschäftigungsstudie. Dort heißt es klar und unmißverständlich: Eine erzwungene Aufteilung der Arbeitsplätze hat die Arbeitslosigkeit noch in keinem Fall verringert.

Wir sind aufgrund unserer Verantwortung den Bürgern gegenüber zum Handeln verpflichtet. Bei 2,5 Mio. Arbeitslosen im Westen und 1,0 Mio. im Osten darf es keine Tabuthemen geben.

## Asylbewerberzahlen im August 1995

**Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im August 1995 11.919 Personen (Vormonat: 10.223 Personen) Asyl beantragt.**

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat (Juli 1995: 10.223) um 1.696 Personen gestiegen. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (August 1994: 10.332) hat sie um 1.587 Personen zugenommen.

# SPD nach Jens-Rücktritt völlig ohne Wirtschaftskompetenz

**Zum Rücktritt des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Professor Dr. Uwe Jens, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Doss:**

Kaum hat Rudolf Scharping gemeinsam mit dem DGB-Vorsitzenden Schulte ein umfangreiches Papier zur Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland präsentiert, zerschlägt ihm auch schon sein Wirtschaftssprecher in der Bundestagsfraktion die mühsam aufgerichtete Takelage.

Mit Uwe Jens geht bei der SPD der letzte marktwirtschaftliche „Lotse“ von Bord.

Wenn für Uwe Jens, einen kompetenten und im Wirtschaftsausschuß des Bundestages hoch geachteten Kollegen, in der

SPD „eine schlüssige Wirtschaftspolitik nicht durchsetzbar“ ist, bricht damit der letzte bedeutsame Marktwirtschaftler aus der Führungsriege der Sozialdemokraten weg:

Der Troikaner aus Hannover, vom Alt-Juso zum Wirtschaftsrealisten gewandelt, wurde vertrieben. Der Saarländer als zweiter im Bunde ist abgetaucht. Nach diesen Weggefährten in der Partei kündigt mit Uwe Jens nun auch der Wirtschaftssprecher der Fraktion seinem Chef, Rudolf Scharping, die Gefolgschaft auf.

Damit ist die Bankrotterklärung für eine vernunftgesteuerte Wirtschaftspolitik der SPD entgültig unterzeichnet. Für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze hat unser Land von dieser Partei nichts mehr zu erwarten.

## SPD und Realität

### Lachnummer

*Wer allzusehr mit sich selbst beschäftigt ist, bekommt Schwierigkeiten, die Realitäten richtig wahrzunehmen. Jüngstes Beispiel für diese Psychologen-Weisheit ist die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren auffällig schwachen Auftritten in der Öffentlichkeit.*

*Mußte sie sich in diesen Tagen wegen der Hahnenkämpfe zwischen Partei- und Fraktionschef Scharping und seinem Parteivize Schröder in der Etat-*

*debatte des Bundestages von Kanzler Kohl mit Spott übergießen lassen, so sorgt sie jetzt mit dem Eingeständnis, die Papiere des Verteidigungsministeriums über die von ihr kritisierten Tornado-Einsätze über Bosnien „nicht sorgfältig genug“ gelesen zu haben, für eine neue Lachnummer.*

*Für die seit Jahren schwindende Zahl der SPD-Anhänger ist es ein Trauerspiel, registrieren zu müssen, daß ihre Hoffnungsträger nicht recht wissen, was sie wollen. Und nun kommt's noch schlimmer: daß sie nicht wissen, worüber sie reden.*

**Express**



● 100.000 Gespräche

Unter dem Motto „Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit“ hat die CDU die neue Mitgliederwerbeoffensive „100.000 Gespräche“ gestartet. Ziel der Aktion ist es, die Bürgerinnen und Bürger in Gesprächen von der Mitgliedschaft in der CDU zu überzeugen. Der neue Leitfaden „100.000 Gespräche“ soll Ihnen nicht nur helfen, Freunde und Sympathisanten für die Arbeit in der CDU, sondern auch für eine Mitgliedschaft in der CDU zu gewinnen.

Der erfolgsorientierte Aufbau sowie die Ausstattung des Leitfadens mit übersichtlichen Registern gestaltet die Vorbereitung Ihrer Aktionen zur Mitgliederwerbung besonders einfach.

Bestell-Nr.: 6101  
Verpackungseinheit: 5 Expl.  
Preis je 5 Expl.: 12,- DM

Bestellungen an:  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1164  
33759 Versmold  
Fax: 0 54 23/4 15 21  
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

● Flugblatt Tierschutz

Irrtümlicherweise wurde in UdD 27/95 für dieses Flugblatt ein falscher Preis angegeben.

Die aktuellen Bestelldaten lauten wie folgt:

Deutschland - beim Tierschutz voran

Tierchutz heißt Achtung vor dem Leben und vor seiner Schöpfung. Die Bundesregierung hat mit dem Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes (TierschutzG) im Jahr 1986 ein Meilenstein gesetzt, der den Tierschutz in Deutschland auf ein hohes Niveau hebt.

Die CDU hat gehandelt:

- Tierrechtsvertrag 1996. Es ist die weltweit strengste Tierrechtsvereinbarung.
- Verabschiedung der Rechtsvorschriften für Tierrechte.
- Die Zahl der Tierverbrechen ist seit 1989 um jährlich 10 Prozent gesunken.
- Verbesserung für landwirtschaftliche Nutztiere. Die Mindestanforderungen an die Haltung und Pflege der Tiere wurden erhöht.
- In einer Erklärung zum Vortag von Hainrich zur Europäischen Union wurde der Tierschutz erwähnt.
- Tierschutz bei Transporten.

Wir haben viel erreicht - dennoch bleibt Wichtiges zum Schutz der Tiere zu tun.

Die CDU will die Tierrechtsarbeit weiter vorantreiben. Deshalb ist es unser Ziel, die Tierschutzarbeit zu unterstützen, die Tierschutzvereine zu stärken und Tierschutzvereine zu unterstützen, die Tierschutzvereine zu unterstützen.

Bestell-Nr.: 1099  
Verpackungseinheit: 250 Expl.  
Preis je 250 Expl.: 39,- DM



● CDU-Mikrofonwindschützer

Bestell-Nr.: 9088  
Verpackungseinheit: 1 Expl.  
Preis je Expl.: 29,- DM

(Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,- DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5,- DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN

## CDU-Glücksrad wieder lieferbar!

**D**as CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Als Preise können CDU-Werbemittel, aber auch gesponserte Sachpreise verwendet werden. Das Glücksrad besteht aus einer Sperrholzplatte, die über ein Kugellager an dem Stahlrohrgestänge montiert ist. Es wird somit betriebsfertig bei Ihnen angeliefert.

Gesamthöhe ca. 1,70 m,  
Raddurchmesser ca. 1,30 m

**Preis 345,- DM zzgl. MwSt. und Frachtkosten.**



Bestellungen bitte schriftlich an:  
CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Abt. Information  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn oder  
**per Fax: 02 28/544-372**

# UiD

29/1995

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:**  
Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WV~~ Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.